

Online unter: <http://www.cicero.de//kapital/g-20-finanztransaktionssteuer-geduldige-steuer-gegen-armut/46407>

Geduldige Steuer gegen Armut

VON
LINDA RUSTEMEIER
4. NOVEMBER 2011

picture alliance



Am Rande des G-20-Gipfels schrubben Aktivisten in Nizza einen Bankautomaten, um für sauberere Geschäfte zu protestieren.

In Cannes ist das wichtigste Reformprojekt der französischen G-20-Präsidentschaft gescheitert: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Doch die Europäer sollten sich davon nicht zurückschrecken lassen – und das Projekt auf EU-Ebene vorantreiben

Mark Twain hat über die Logik der Börse seine eigene Theorie aufgestellt: „Für Börsenspekulationen ist der Februar einer der gefährlichsten Monate. Die anderen sind Juli, Januar, September, April, November, Mai, März, Juni, Dezember, August und Oktober.“

Ein solcher Monat war in diesem Jahr der August, konkret, der neunte. An jenem Tag stürzte der DAX binnen weniger Augenblicke um knapp sieben Prozent ab und vernichtete Milliarden. Nach einem noch nie dagewesenen Auf und Ab stabilisierte sich der Kurs am Abend wieder. Die Geschwindigkeit von Käufen und Verkäufen durch Computerprogramme an den Finanzparketten übersteigt den menschlichen Horizont; in weniger als einer Sekunde sind bis zu 1.000 Transaktionen möglich.

Um den Hochfrequenzhandel zu bremsen, haben internationale Organisationen wiederholt eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen. Sie soll alle börslich und außerbörslich getätigten Finanztransaktionen belasten.

Die USA sind vehement gegen die Finanztransaktionssteuer, sie halten eine Bankengebühr auf die Verbindlichkeiten der größten Geldhäuser für die bessere Lösung, um die Finanzindustrie an den Belastungen durch die Krise zu beteiligen. Und so schmetterte Präsident Barack Obama die Steuer auf dem G-20-Treffen in Cannes gleich am ersten Tag ab. Im Entwurf zur Abschlusserklärung des Gipfels hieß es diplomatisch: „Wir erkennen die Initiativen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen unserer Staaten an“, wie die Nachrichtenagentur dpa

bereits im Vorfeld aus dem Dokument zitierte. Nicht nur in den USA, auch in der EU gibt es ebenfalls keinen einheitlichen Kurs. So blockierte auch Großbritannien die Steuer.

Von dieser wenig überraschenden Zurückweisung lassen sich jedoch Hilfsorganisationen wie **Oxfam Deutschland und 71 weitere Nichtregierungsorganisationen** nicht abschrecken und haben eine Kampagne zur Einführung der Finanztransaktionssteuer gestartet, um nicht nur Griechenland, sondern auch endlich die Welt vom „Spekulationswahnsinn“ zu befreien. Die Steuer ist eine der Gründungsforderungen des globalisierungskritischen Netzwerks **attac**.

Lesen Sie, wie viel Geld man mit der Steuer einnehmen könnte. [SEITE]

Auch die EthikBank Deutschland unterstützt den Vorstoß der Aktivisten. „Eine globale Finanztransaktionssteuer kann kein Allheilmittel sein, aber sie ist geeignet, die Kontrolle über das Geschehen an den Finanzmärkten zu verbessern und die Märkte ein wenig zu entschleunigen“, sagt Vorstandsmitglied Sylke Schröder.

Ein Bericht des **UN-Entwicklungsprogramms** (UNDP) rechnet vor, dass eine geringe Abgabe von 0,005 Prozent auf Devisengeschäfte weltweit pro Jahr 40 Milliarden Dollar oder mehr einbringen könnte – die entweder für den Klimaschutz oder Entwicklungshilfe genutzt werden könnten.

Im September hat auch die **Europäische Kommission** einen Gesetzentwurf für eine Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent auf Anteile und Anleihen sowie einem Satz von 0,01 Prozent auf Derivatkontrakte könnte die EU demnach 57 Milliarden Euro jährlich einnehmen. Andere Schätzungen belaufen sich je nach Höhe der Steuer auf EU-weite Einnahmen bis zu 300 Milliarden Euro.

Bei den Regelungen rund um die Börse wird eines schnell klar: Es kann keine einzelne staatliche Lösung geben, denn die Hochgeschwindigkeitsspekulanten agieren weltweit. So könnten sie etwa eine Steuer in Deutschland umgehen, indem sie auf andere Finanzschauplätze – wie dem Konkurrenten London – ausweichen.

Genau das ist Schweden passiert, das 1985 eine Börsenumsatzsteuer einführte. Innerhalb einer Woche gingen die Umsätze mit Renten um 85 Prozent zurück; das Handelsvolumen von Futures und Optionen sank um 98 Prozent zugunsten des Finanzmarktes London.

„Es wäre schon sehr optimistisch, davon auszugehen, dass dieses in Deutschland anders wäre“, sagt der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Volker Wissing im Gespräch mit CICERO ONLINE. „Je größer die Zahl der teilnehmenden Länder, umso geringer ist die Gefahr der Umgehung der Steuer.“ Allerdings fürchtet Wissing, dass nur wenige Staaten Deutschland und Frankreich bei dem Vorhaben, eine weltweite Finanztransaktionssteuer einzuführen, unterstützen würden. Denn es gebe keine ökonomischen Gründe, warum sie sich selbst regulieren und ihre Transaktionen transparent machen sollten.

Erfahren Sie auf der dritten Seite, ob die Steuer Kleinanleger treffen würde. [SEITE]

Die FDP, die Steuererhöhungen generell und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer konkret ablehnt, gerät bei der Thematik ins Schwanken – und hat mittlerweile eine gemäßigt ablehnende Haltung zur Finanztransaktionssteuer. Eine Zustimmung der Liberalen gebe es „wenn überhaupt, nur dann, wenn diese in allen 27 EU-Ländern erhoben wird“, sagte Bundeswirtschaftsminister und FDP-Parteichef Philipp Rösler kürzlich der Stuttgarter Zeitung.

Wissing erklärt zudem, dass die Finanztransaktionssteuer nicht nur wie gewünscht die großen Haie der Finanzbranche treffen würde – wie etwa Banken. Betroffen wären auch die Kleinanleger, wie Riester-Sparer, deren Rentenrenditen mit an den Börsen gehandelt würden.

Dem widerspricht der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister: Diese Steuer belaste gerade nicht die Kleinanleger. Vielmehr seien Vielspekulierer, die ihr Vermögen immer wieder über mehrere Börsen jagten, betroffen und würden den Großteil dieser Steuer zahlen. Die Steuer würde alle Marktbereiche und Akteure erfassen – und somit gerade die riskanten und krisenverantwortlichen Hedgefonds einschließen.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die von Aktivisten auch **Steuer gegen Armut** genannt wird, würde viele nötige und grundlegende Markt- und Gesellschaftsveränderungen verursachen. Jedoch muss dies bei Weitem keine negativen Veränderungen bedeuten, besonders nicht für jene, die mit ihren Kleinbeträgen für die Risikogeschäfte der Großanleger bezahlt haben und dieses Geld gern wieder hätten. Die Aktivisten der Kampagne Steuer gegen Arbeit argumentieren, dass genug Menschen an Mängeln leiden, jene, die die Ärmsten der Armen sind. Weltweit würden, trotz genügend vorhandener Ressourcen, immer noch eine Milliarde Menschen hungern, die auf Hilfe angewiesen sind, welchen mit den Einnahmen aus jener Steuer geholfen werden könnte.

Barroso nannte die Finanztransaktionssteuer bei der Vorstellung des EU-Gesetzentwurfs „eine Frage der Fairness“. Nicht nur Angela Merkel, sondern auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy halten an der Einführung dieser Steuer fest. „Ich weiß, dass die Steuer große Gegner beziehungsweise große Kritiker hat. Wir werden versuchen, sie zu überzeugen“, sagte Sarkozy in Cannes nach der ersten Ablehnung.

Wenn die G-20 nun ausfällt, so kann die EU als weltweites Vorbild vorangehen. Es scheint, als seien die Gegner der Steuer, wie Großbritannien, Schweden und die Niederlanden, bislang noch ohne Spielfiguren ausgestattet. Sie sind, nach Meinung der Befürworter der Finanztransaktionssteuer, diejenigen, die am Zug sind zu handeln und auch zu regulieren, um etwas zu bewegen in dieser Schuldenkrise. Die Würfel liegen so weit bereit.

[zum Dossier G-20: Countdown für Griechenland](#)

[zum Dossier Finanzmärkte zwischen Sturz- und Höhenflug](#)

[zum Dossier Quo vadis, Europa?](#)

[zum Dossier Ist der Euro noch zu retten?](#)
